

Antrag

der Abgeordneten Wolfgang Gehrcke, Monika Knoche, Hüseyin-Kenan Aydin, Dr. Diether Dehm, Heike Hänsel, Inge Höger, Dr. Hakki Keskin, Katrin Kunert, Michael Leutert, Dr. Norman Paech, Paul Schäfer (Köln), Alexander Ulrich und der Fraktion DIE LINKE.

Den Prozess von Annapolis durch eigenständige Initiativen unterstützen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Weiterhin eskaliert seit vielen Jahren die Gewalt im Nahen Osten. Friedensinitiativen die mit den Namen Oslo, Madrid und Sharm el Sheikh verbunden sind, blieben ohne Erfolg. Die Annapolis-Konferenz im November 2007 stieß auf tiefe Skepsis aber auch auf große Erwartungen. Unabhängig von dieser Bewertung bleibt die Anforderung auf substantielle und ernsthafte Verhandlungen über die Schaffung eines lebensfähigen palästinensischen Staates, der mit Israel in friedlicher Nachbarschaft lebt.

Die EU und Deutschland spielen zurzeit im Nahost-Friedensprozess keine primäre Rolle. Deutschland kann einen Beitrag leisten, dass die Zweistaatenlösung im öffentlichen Bewusstsein Israels verankert wird. In Israel und in Palästina muss Deutschland für den Gewaltverzicht werben.

Die Grundbedingungen für einen Erfolg der Verhandlungen zwischen Israel und Palästina sind, dass das Nahost-Quartett Bezug nimmt auf das Völkerrecht und insbesondere das humanitäre Völkerrecht, allem voran die 4. Genfer Konvention zum Schutz der Zivilbevölkerung in Kriegszeiten sowie die einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Das bedeutet, dass sich das Nahost-Quartett uneingeschränkt für den Stopp des Siedlungsbaus, die Wiederherstellung der Bewegungsfreiheit der palästinensischen Bevölkerung, die Beendigung des Mauerbaus auf palästinensischem Gebiet und die Einstellung von Angriffen auf die israelische Zivilbevölkerung durch militante Palästinenser einsetzen muss.

Um diesen Prozess zu begleiten, ist ein verstärktes internationales Monitoring notwendig. Dabei dürfen die Entwicklungen nicht nur beobachtet werden, sondern das Nahost-Quartett sollte im Sinne des Völkerrechts steuernd eingreifen. Ferner ist eine rasche Aufbauhilfe für die palästinensische Wirtschaft sowie Hilfe beim Aufbau staatlicher Institutionen notwendig. Die EU muss sofort ihr Versprechen zum Wiederaufbau der palästinensischen Wirtschaft umsetzen, damit die Menschen wieder Hoffnung in die Zukunft setzen. In Annapolis haben sich die USA zum Monitoring der neuen Friedensbemühungen verpflichtet. Das müssen die USA auch einlösen.

Israels Ministerpräsident Ehud Olmert stellt die Existenz eines künftigen, eigenständigen palästinensischen Staates nicht mehr infrage. Viele Handlungen

Israels sprechen aber eine andere Sprache. Der Siedlungsbau, die vollständige Kontrolle und Abriegelung Gazas, die Aufrechterhaltung der über 600 Straßensperren in der Westbank und die gezielten Tötungen gefährden die jüngsten Friedensbemühungen. Der Frieden wird ebenso gefährdet durch die vom Gazastreifen ausgehende Gewalt, wie der Raketenbeschuss gegen und die Selbstmordanschläge in Israel.

Ein palästinensischer Staat muss über all jene Attribute verfügen, die mit dem klassischen Begriff der Souveränität verbunden sind: ein zusammenhängendes Staatsterritorium, Staatsorgane und Staatsbürgerschaft. Das kann nur erreicht werden, wenn der künftige Staat Palästina souverän und lebensfähig ist. Ein nicht lebensfähiger palästinensischer Staat untergräbt die Aussichten auf einen dauerhaften Frieden in der Region. Ein erneutes Scheitern der Verhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern wäre eine Katastrophe.

Seit Annapolis hat sich auch die politische Landschaft in der Region verändert. Die arabischen Staaten sind enger zusammengerückt. Sie sind bereit, positiv auf die neue Initiative von Annapolis einzugehen. Die Einbeziehung der arabischen Länder in diesen Prozess erfordert allerdings, dass Israel auf Syrien zugeht und ernsthaft verhandelt – auch über die Rückgabe der Golanhöhen. Frieden mit Damaskus ist von höchster Bedeutung für die regionale Stabilität. Die Isolationspolitik gegenüber Syrien hat nicht zu positiven Ergebnissen geführt.

Die Verhandlungen zwischen Israel und Palästinensern brauchen einen konkreten zeitlichen Rahmen, wenn bis Ende 2008 Ergebnisse erreicht werden sollen. Es geht auch darum, die sofortige und parallele Stabilisierung der Lage in den palästinensischen Gebieten einschließlich Gaza voranzutreiben. Die EU konzentriert sich auf wirtschaftliche Hilfsmaßnahmen und den Aufbau des Sicherheitssektors. Viele der Hilfsmaßnahmen können allerdings nur dann greifen, wenn die politischen Rahmenbedingungen für die Entwicklung der palästinensischen Gebiete verbessert werden. Israel muss beginnen, sich aus den palästinensischen Gebieten zurückzuziehen.

Wichtige Beiträge für eine politische Wende in Richtung Verständigung und Herausbildung der neuen Staatlichkeiten und einer Nachkonfliktphase können von nichtparlamentarischen Bewegungen ausgehen. Die Resolution 1325 (2000) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (VN), welche die Bedeutung von Frauen in der Konfliktvermittlung betont, ist auch für den Verhandlungsprozess zwischen Israel und Palästina von erheblicher Bedeutung. Daher müssen Frauen nach den Standards der VN-Resolution einbezogen werden.

Für die Mehrheit der palästinensischen Bevölkerung ist keine spürbare Verbesserung ihrer Lebensumstände eingetreten. Im Gegenteil: Die Lebensbedingungen verschlechtern sich dramatisch. Menschenrechtsorganisationen sprechen von einer humanitären Katastrophe im Gazastreifen. Deutsche und europäische Politik soll sich dafür einsetzen, dass die Absperrung und die gegen den Gazastreifen verhängte Wirtschaftsblockade aufgehoben werden. Die innere palästinensische Aussöhnung sollte von internationalen Kräften gefördert werden. Eine andauernde Isolation der Hamas stärkt lediglich die radikalen Kräfte und fördert die gegen Israel gerichteten Selbstmordanschläge und Raketenbeschüsse.

Eine internationale Handlungsoption bestünde in der Unterstützung und Stärkung des innerpalästinensischen Dialogs. Der Hamas sollte ein Dialogangebot unterbreitet werden, das auf beiderseitigen Gewaltverzicht und die Anerkennung Israels und Palästinas zielt. Das ist auch das Ergebnis der Gespräche des Ex-US-Präsidenten Jimmy Carter mit der Hamas-Führung.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

sich dafür einzusetzen, dass die EU im Nahost-Quartett die Initiative ergreift,

1. für die Einhaltung des Völkerrechts insbesondere der 4. Genfer Konvention zum Schutz der Zivilbevölkerung in Kriegszeiten sowie der einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrates zu sorgen;
2. den zeitlichen Rahmen, in dem Verhandlungen über zentrale Fragen abgeschlossen werden sollen, einzuhalten, um Vertrauen in den Prozess zu stärken. Dafür ist ein internationales Monitoring sicherzustellen;
3. stärker und eigenständiger darauf hinzuwirken, dass Israel die Politik der systematischen Abriegelung und Kontrolle der palästinensischen Gebiete aufgibt und der israelischen Regierung folgende den Frieden fördernde Maßnahmen und Regelungen nahe zu legen:
 - Aufhebung der Unterscheidung zwischen den Zonen A, B und C und sofortige Übergabe an die Palästinensische Autonomiebehörde;
 - jeglichen Siedlungsbau und Landkonfiskation in den besetzten Gebieten stoppen;
 - schrittweise Aufhebung der Straßenblockaden, Öffnung der Grenze zu Gaza und Übergabe der Grenzkontrollpunkte an die palästinensische Regierung;
 - für Palästina ein zusammenhängendes Territorium im Westjordanland auf der Grundlage der Grenzen von 1967 mit der Möglichkeit eines Gebietsaustausches sowie gesicherte und frei zugängliche Verkehrswege zwischen diesem und dem Gazastreifen zu garantieren;
 - die wirtschaftliche Lebensfähigkeit des Staates Palästina zu garantieren; das bedeutet auch, die Kontrolle über die Grenzen und über die eigenen Ressourcen wie Land und Wasser;
4. eine Einbeziehung der Hamas-Bewegung in den Friedensprozess zu fordern und mögliche Formen des Dialogs zu prüfen. Voraussetzung dafür ist die Beendigung des Raketenbeschusses auf Israel durch die Hamas. Die ägyptischen Vermittlungen, die zu einer Feuerpause zwischen Hamas und Israel führen sollen, sind zu begrüßen. Sie sollen zur Einstellung der Gewalt auf beiden Seiten führen;
5. die Palästinenser dazu aufzufordern, den gefangenen israelischen Soldaten Shalid umgehend freizulassen;
6. den Aktionsplan der EU, der sich vorrangig auf vier Bereiche konzentriert – Stärkung der Eigenkräfte der palästinensischen Privatwirtschaft, Maßnahmen zur Etablierung eines modernen und demokratischen palästinensischen Sicherheitsapparats, die Verbesserung des Universitäts- und Schulsystems und die Unterstützung der Reform staatlicher Strukturen – ohne Verzögerungen zu implementieren. Kern deutscher und europäischer Bemühungen sollte der industrielle Aufbau Palästinas sein, und Hand in Hand mit dem wirtschaftlichen Aufbau muss auch der Aufbau eines Sozialstaates in Palästina erfolgen;
7. von Israel Sicherheitsgarantien zu verlangen, dass mit Geldern der EU errichtete Projekte nicht Gegenstand militärischer Maßnahmen werden;
8. die Einberufung einer Annapolis-Nachfolgekonferenz „Nahost“ in Moskau zu unterstützen. Diese Konferenz hätte zur Aufgabe, den bereits erreichten Stand der Verhandlungen zu bilanzieren sowie den Verhandlungsprozess für eine Einbeziehung Syriens in eine Nahost-Friedensarchitektur anzustoßen. Dies bedeutet, dass Verhandlungen zwischen Israel und Syrien aufgenommen werden müssen, auch über die Rückgabe der Golanhöhen;

9. ein deutsch-israelisch-palästinensisches Jugendwerk zur israelisch-palästinensischen Aussöhnung ins Leben zu rufen;
10. eine internationale Konferenz zur Stärkung der Sicherheit, wie sie von der Bundesregierung für den Juni 2008 in Berlin angeregt wurde, durchzuführen. Auf dieser Konferenz sollten auch Aspekte eines Gewaltverzichtsvertrages zwischen Israel und Palästina erörtert werden. Gegenseitige Sicherheit gehört zu den Grundbedingungen für Frieden im Nahen Osten. Ein Gefangenenaustausch ist anzustreben;
11. Projekte ins Leben zu rufen oder zu fördern, die zu einer Kultur des Friedens und des Gewaltverzichts beitragen können. In diesem Zusammenhang sind Projekte zur Friedenserziehung an palästinensischen und israelischen Schulen wesentlich. Feindbilder müssen abgebaut und Gewalt darf nicht verherrlicht werden. Noch immer wird z. B. in palästinensischen Schulbüchern in der Auseinandersetzung mit Israel Gewalt verherrlicht und der Feind enthumanisiert. In israelischen Schulbüchern fehlt ein objektiver Umgang mit der Vertreibung und Flucht der palästinensischen Bevölkerung nach der Staatsgründung Israels im Jahr 1948. Schulbücher sollten zur Verbreitung der Ideen des friedlichen und toleranten Miteinanders beitragen, um den Friedensprozess zwischen beiden Bevölkerungen zu befördern.

Berlin, den 4. Juni 2008

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion